



Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 03. Februar 2015

Vorlagen-Nr. 14-F-03-0128

Umweltfreundliches Mobilitätskonzept für den Konzern Stadt
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2014* -

Beschluss Nr. 0010

Der Antrag wird als gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen in folgender Fassung beschlossen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss zum aktuellen Sachstand zu berichten.
- 2) Die folgenden Punkte I - III (vormals 1-3) des Überweisungsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung BP 0556 vom 18.12.2014 werden als Arbeitsmaterial an den Magistrat überwiesen:

I. Analyse der Ist-Situation / Erhebung von Daten, z.B.:

- Anzahl der Beschäftigten (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung in Vollzeit / Teilzeit / Homeoffice)
- Quell- / Zielanalyse (Wohnorte der Beschäftigten)
- Verkehrsmittelwahl (Wie kommen die Arbeitnehmer/innen zur Arbeit)
- Inanspruchnahme und Bereitstellung des Jobtickets (Wie wird das Jobticket angenommen, in welchen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung wird ein Jobticket angeboten)
- Komplette Bestandsaufnahme der Dienstwagen- und Nutzfahrzeugflotte, Gesamtkostenerhebung inkl. Spritkosten, Auslastung, Nutzungshäufigkeit, Kilometergelderstattungen privater PKW für Dienstreisen, Feststellung des tatsächlichen Mobilitätsbedarfs und Berechnung des jährlichen CO₂-Ausstoßes

II. Motivation für Beschäftigte, auf den Umweltverbund umzusteigen, z.B.:

a. Förderung des Radfahrens:

- Verbesserung der Abstellmöglichkeiten (Überdachung, ausreichend Plätze, „Käfig“)
- Duschen und Umkleekabinen für radfahrende Arbeitnehmer/innen
- Aufrüsten der Dienstradflotte, z.B. mit E-Bikes und robusten, bequemen, leichtgängigen und bergtauglichen (z.B. stufenlose Gangschaltung) Rädern
- Gewährleistung der permanenten Betriebsbereitschaft durch beständige Wartung der Räder
- Beteiligung an „Jobrad“ (Leasingsystem), sobald mit TvÖD vereinbar
- Sicherstellen der Verfügbarkeit der Diensträder an den wichtigsten Orten (Rathaus, G.-Stresemann-Ring, ...)
- Vorbild: Führungskräfte fahren Rad
- Anreize für Radfahrer/innen, z.B. Fahrradkarte (Gewinnspiel für Radfahrer/innen, vgl. Fa. Kärcher)

- Beteiligungen an Aktionen in Zusammenarbeit mit ADFC, Klimabündnis und Krankenkassen, z.B. „Mit dem Rad zur Arbeit“, „Stadtradeln“ etc.
- Service, z.B. Radzubehör, Luftpumpe, etc.

- b. Förderung von umweltfreundlicherem MIV (motorisierter Individualverkehr)
Für Bedienstete, die keine Möglichkeit haben auf den ÖPNV oder das Rad umzusteigen:
 - Mobilitätsbörse für die Beschäftigten
 - Wo möglich bevorzugte Parkmöglichkeiten für Fahrgemeinschaften und E-Autos
 - Förderung der E-Mobilität durch Ladestationen (z.B. an Straßenmasten) in Zusammenarbeit mit dem Bestandsprogramm bei ESWE Versorgung
 - Durchführung von Kursen zum Spritsparen und defensiverem Fahren

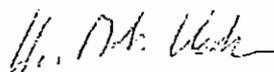
- c. Job-Ticket für alle städtischen Gesellschaften, sofern noch nicht gegeben

III. Umweltfreundliche Ausrichtung der dienstlich bedingten Mobilität, z.B.:

- a) Implementierung eines Fuhrparkmanagements mit folgenden Aufgaben:
 - b) Aufbau eines Fahrzeug- und Fahrradpools zur Optimierung der Auslastung
 - c) Implementierung von Car-Sharing
 - d) Prüfen von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen großem Arbeitgebern, bzw. Nutzungsgruppen
 - e) Beschaffung von umweltfreundlichen, emissionsarmen Dienst- und Nutzfahrzeugen, hierbei ist wegen der Öffentlichkeitswirkung besonderes Augenmerk auf die Auswahl der Fahrzeuge von Dezernent/innen und Geschäftsführer/innen zu legen (gutes Beispiel Opel Ampera von Stadträtin Möricke mit CO₂-Ausstoß von 33 g/km gegenüber Audi A6 Avant 3.0 TDI von Stadtrat Dr. Franz mit CO₂-Ausstoß von 156 g/km)
 - f) Reiserichtlinien (Bevorzugung des jeweils umweltfreundlicheren Verkehrsmittels)
3. Der Magistrat wird gebeten, bei den laufenden Planungen, insbesondere zum VEP und WISEK, die aufgeworfenen Fragestellungen zu berücksichtigen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 05.02.2015



Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, *16*.02.2015

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

M. Nickel
Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, *11*.02.2015

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat III
Dezernat IV/ESWE-Verkehr
Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

H. Gerich
Gerich
Oberbürgermeister *la*

1.1.1.1.1.1.1.1

LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN - DEZERNAT IV					
12. FEB. 2015 <i>h- 97.1</i>					
GR	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22
ESWE Verkehr	LNO	SEG	WIBau	Ausgang	Umlauf
Tgb. Nr.	Frist:			+	#

ab 16.2.15